

Wahl zum 19. Deutschen Bundestag 2017

## Wählerverhalten und soziales Umfeld in Berlin

– eine Aggregatdatenanalyse

von Jörg Feilbach und Tobias Hannemann

Die Zweitstimmenanteile der Parteien bei dieser Bundestagswahl lassen sich kleinräumlich mit strukturellen Indikatoren verbinden. So zeigte sich, dass die CDU vor allem in Gebieten mit vielen christlichen und älteren Personen gewählt wurde. Die SPD wies jenseits eines Ost-West-Gefälles kein ausgeprägtes strukturelles Profil auf, hatte aber in Gebieten mit vielen jungen Erwachsenen etwas bessere Ergebnisse. DIE LINKE ist nach wie vor im Osten verwurzelt. Ist eine Region durch wenige Ältere, viele Nichtdeutsche und eine hohe Bevölkerungsfuktuation gekennzeichnet, kann mit hoher Zustimmung für die GRÜNEN gerechnet werden. Die AfD findet ihre Wählerschaft dagegen dort, wo wenige Nichtdeutsche und Christen leben sowie die Bevölkerung älter ist. FDP-Wählerinnen und -Wähler leben häufiger in Regionen mit guten Wohnlagen, vielen kirchlich Gebundenen und wenigen SGB-II-Empfängerinnen und -Empfängern. Dagegen entschieden sich in Gebieten mit vielen SGB-II-Empfängerinnen und -Empfängern sowie in Gegenden mit wenigen guten Wohnlagen besonders viele Bürgerinnen und Bürger gegen eine Wahlteilnahme.

### CDU verstärkt in Wahlgebieten mit älteren, alteingesessenen und christlich gebundenen Personen

In Wahlgebieten mit einem hohen Anteil an älteren Menschen schnitt die CDU mit 27,9 % der Zweitstimmen besonders gut ab. Dagegen konnten die Christdemokraten nur 15,3 % der Wählerinnen und Wähler in den Gebieten mit besonders niedrigem Anteil älterer Menschen mobilisieren. Wahlgebiete mit einem hohen Anteil an älteren Menschen unterschieden sich zudem nach ehemals West- und Ostberliner Stadtgebieten. In Berlin-West wählten mit 32,0 % deutlich mehr Menschen die CDU als in den entsprechenden Wahlgebieten in Berlin-Ost (19,7 %). Die Christdemokraten konnten mit 28,0 % deutlich bessere Ergebnisse bei den Zweitstimmen in den Gebieten erzielen, in denen vergleichsweise mehr Einwohnerinnen und Einwohner seit mindestens fünf Jahren nicht umgezogen sind. In Wahlgebieten mit höherer Fluktuation vereinte die CDU lediglich 18,6 % der Stimmen auf sich. Für den Zweitstimmenanteil der CDU waren Wahlgebiete mit einer hohen Verbreitung der kirchlichen Zugehörigkeit weiterhin bestimmend. In Wahlgebieten mit hohem Anteil an konfessionell gebundenen Wahlberechtigten erhielten die Christdemokraten 30,2 %. In Gebieten mit niedrigem Konfessionsanteil erreichte die CDU 20,0 % der Zweitstimmen.

Bei den Wählerinnen und Wählern in ihren eigenen Hochburgen erhielt die CDU 32,5 % der Stimmen. Besonders gut punktete sie in den Hochburgen der FDP (30,0 %). Deutlich schwächer war sie in den Hochburgen der Parteien DIE LINKE (15,3 %)

und GRÜNEN (16,4 %). Vor allem im Westteil der Stadt verbuchten die Christdemokraten hohe Stimmenanteile in den Hochburgen der FDP (31,1 %), der SPD (26,1 %) und der AfD (28,8 %).

### SPD im Westen schwach, im Osten schwächer

Die, trotz insgesamt deutlicher Verluste, besten Ergebnisse erreichten die Sozialdemokraten mit 20,0 % dort, wo der Anteil jüngerer Wahlberechtigter im Alter von 18 bis unter 25 Jahren hoch ist. An zweiter und dritter Stelle lagen Regionen mit hohen Anteilen an Kirchenmitgliedern (19,7 %) oder hohem Anteil an Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern (19,3 %). Entsprechend war die SPD dort weniger erfolgreich, in denen nur geringe Anteile christlicher Wahlberechtigter (15,2 %) und junger Erwachsener (15,3 %) vorzufinden sind. Es ist jedoch zu betonen, dass die Befunde zum Teil einem Ost-West-Unterschied geschuldet sind. Die SPD schnitt im Westteil der Stadt zwar schlecht, aber insgesamt besser ab als im Ostteil. Die Anteile an Kirchenmitgliedern sowie jungen Erwachsenen sind in Berlin-West jedoch zumeist höher. So ergab sich hinsichtlich der Anteile kirchlicher Wahlberechtigter innerhalb der beiden ehemaligen Stadthälften kaum ein Unterschied zwischen Briefwahlbezirken mit hohen oder niedrigen Anteilen.

Bezogen auf das Abschneiden der anderen Parteien zeigt sich für die Sozialdemokraten folgendes Bild: Mit 19,7 % war die SPD dort am erfolgreichsten, wo DIE LINKE nur geringen Zuspruch erhielt. Überdurchschnittlich schnitt die Partei auch in Wahlgebieten ab, in denen häufig die CDU (19,0 %) gewählt

wurde oder dort, wo viele Nichtwählerinnen und -wähler leben (19,2 %). Konnte DIE LINKE dagegen viele Wählerinnen und Wähler gewinnen, so ging dies mit einem besonders schwachen Abschneiden der SPD einher (15,3 %). Kaum bessere Resultate ergaben sich für die Sozialdemokraten in Regionen, in denen die FDP oder die CDU schlechter abschnitten (15,7 % bzw. 16,0 %).

### **Strukturelles Profil der Partei DIE LINKE von Ost-West-Gegensatz überlagert**

Hinsichtlich der Sozialindikatoren erwies sich DIE LINKE mit 27,2 % besonders stark in Regionen mit geringen Anteilen an christlich gebundenen Wahlberechtigten. Hohe Ergebnisse konnte die Partei zudem in Gebieten erzielen, welche unterdurchschnittliche Anteile an älteren Wahlberechtigten oder jungen Erwachsenen aufweisen (25,2 % bzw. 24,5 %). Es darf hier jedoch nicht übersehen werden, dass diese Sozialstrukturmerkmale im Ostteil der Stadt überwiegend geringe Werte aufweisen und dass DIE LINKE gerade in Berlin-Ost ihre Hochburgen hat. Nur den Ostteil betrachtend wurde das beste Resultat mit 28,9 % dort erreicht, wo besonders viele Bezieherinnen und Bezieher von Hartz IV leben.

Am schwächsten schnitt DIE LINKE insgesamt betrachtet in Regionen mit einem hohen Anteil kirchlich Gebundener ab (9,2 %). In Gebieten mit einem hohen Anteil an Wahlberechtigten in guten Wohnlagen sowie in Regionen mit wenigen Hartz-IV-Bezieherinnen und -Beziehern konnten ebenfalls nur wenige Wählerinnen und Wähler gewonnen werden (13,6 % bzw. 14,4 %).

Im Vergleich mit den anderen Parteien gingen Erfolge für DIE LINKE an erster Stelle mit schwachen Ergebnissen für die FDP einher (29,2 %). Ein geringer Zuspruch für die CDU kennzeichnete ebenfalls Wahlregionen mit hohen Stimmanteilen für DIE LINKE (27,8 %). Besonders schwach erwies sich die Partei mit nur 8,5 % bzw. 9,5 % in Hochburgen der CDU und der FDP. Da diese Hochburgen überwiegend im Westteil der Stadt zu finden sind, spiegelt sich hier wiederum der deutliche Ostbezug der Partei DIE LINKE wider.

### **Grünes Umfeld geprägt durch wenige Alte, viele Nichtdeutsche und stark fluktuierende Bevölkerung**

Für die GRÜNEN war der Erfolg mit einem Umfeld verknüpft, das sich durch einen geringen Anteil an älteren Wahlberechtigten von mindestens 70 Jahren (19,5 %) oder einem hohen Ausländeranteil (16,9 %) auszeichnet. Auch dort, wo viel umgezogen wird, waren die GRÜNEN mit 15,7 % häufig die Partei der Wahl. War der Anteil der Bevölkerung mit längerer Wohndauer dagegen hoch oder der Anteil der Nichtdeutschen gering, wurde von einer Entscheidung für die GRÜNEN eher Abstand genommen (8,8 % bzw. 7,8 %). Den schlechtesten Wert erzielte die Partei mit 5,4 % in Gebieten mit geringem Anteil an kirchlichen Wahlberechtigten. Bei gesonderter Betrachtung der beiden ehemaligen Stadthälften zeigt sich, dass dieser Effekt allein und in starkem Maße in Berlin-Ost auftrat. In Berlin-West dagegen

waren die GRÜNEN umso erfolgreicher, je geringer der Anteil an christlich gebundenen Wahlberechtigten ist.

Im Parteienvergleich ging der Wahlerfolg der GRÜNEN mit einem schwächeren Abschneiden der AfD (21,8 %) und der CDU (18,0 %) einher. Eine hohe Wahlbeteiligung wirkte sich ebenfalls positiv auf das Ergebnis der Partei aus (16,1 %). Neben den Regionen mit vielen CDU-Wählerinnen und -Wählern (9,8 %) sowie vielen Nichtwählerinnen und -wählern (8,3 %) schnitten die GRÜNEN besonders schlecht in den Hochburgen der AfD (4,9 %) ab.

### **AfD in Wahlgebieten mit wenigen Nichtdeutschen sowie konfessionsloser und älterer Bevölkerung erfolgreicher**

In Wahlgebieten mit niedrigem Ausländeranteil schöpfte die AfD deutlich mehr Stimmen ab (15,9 %) als in Wahlgebieten mit hohem Ausländeranteil (8,7 %). Ebenso erzielte die AfD in Wahlgebieten mit geringem Anteil an Kirchengehörigen mehr Zweitstimmen (19,0 %). In Gebieten mit hohem Anteil an Christen erreichte die AfD deutlich weniger Stimmen (10,6 %). Auch dort, wo mehr alte Menschen leben, stimmten mehr für die AfD (13,0 %) als in Gebieten mit wenigen alten Menschen (8,4 %). Zudem schnitt die AfD in Wahlgebieten mit wenigen guten Wohnlagen besser ab (13,3 %) als in Gebieten mit vielen guten Wohnlagen (9,0 %).

Neben den eigenen Hochburgen (19,9 %) überzeugte die AfD nur in den Hochburgen der Nichtwählerinnen und -wähler (16,2 %). Sie erreichte besonders gute Ergebnisse in Gebieten, in denen die Basis der GRÜNEN und der FDP am schwächsten war (19,6 bzw. 14,5 %) und besonders schlechte, wenn die Basis der GRÜNEN am stärksten war (5,8 %).

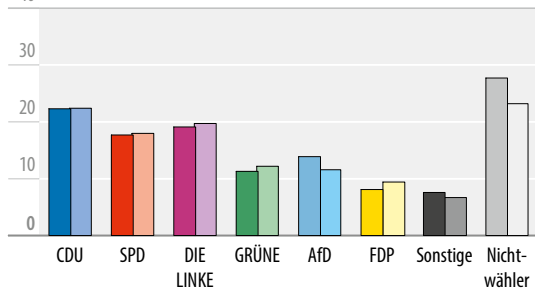
### **FDP im Westteil Berlins in Wahlgebieten mit christlicher, gut situierter und älterer Bevölkerung**

Die Freien Demokraten erhielten in Wahlgebieten mit einem hohen Anteil an konfessionsgebundenen Wählerinnen und Wählern mit 13,0 % mehr Stimmen als in Wahlgebieten mit niedrigem Anteil (5,5 %). Gute Ergebnisse (12,1 %) erzielte die FDP in Wahlgebieten, in denen der Anteil der SGB-II-Beziehenden niedrig ist. Dort wo der Anteil an SGB-II-Beziehenden hoch ist, erhielt sie nur 6,7 % der Stimmen. In Wahlgebieten mit einem hohen Anteil an älteren Menschen wurde die FDP öfter gewählt (11,3 %) als in Wahlgebieten mit niedrigem Anteil (6,4 %). In Wohngebieten, in denen ein hoher Anteil der Bevölkerung in guter Lage lebt, gewann die FDP 13,0 % der Zweitstimmen, in Gebieten mit geringem Anteil hingegen 7,4 %. Die FDP ist eine hauptsächlich im Westteil der Stadt verankerte Partei. Nur dort nutzten ihr die sozialstrukturellen Unterschiede der Wahlgebiete. Beispielsweise erbrachten Wahlgebiete mit einem erhöhten Anteil an älteren Menschen der FDP in Berlin-West 14,2 % der Stimmen, in Berlin-Ost nur 5,8 %.

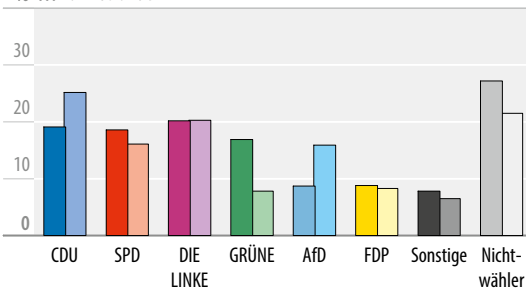
Der Westberliner Charakter der FDP spiegelt sich auch in der Betrachtung der Hochburgen wider. In den eigenen Hochburgen waren Unterschiede zwischen West (16,4 %) und Ost (9,2 %) erkennbar.

**a** | Zweitstimmenanteile der Parteien und Nichtwähleranteil in Wahlgebieten mit hohen und niedrigen Anteilen ...

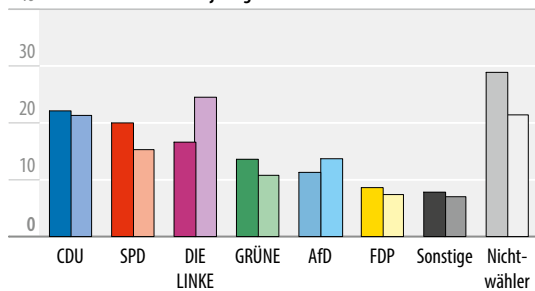
40 ... von Kindern unter 18 Jahren



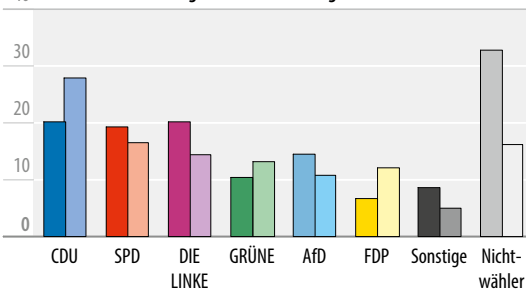
40 ... von Ausländern



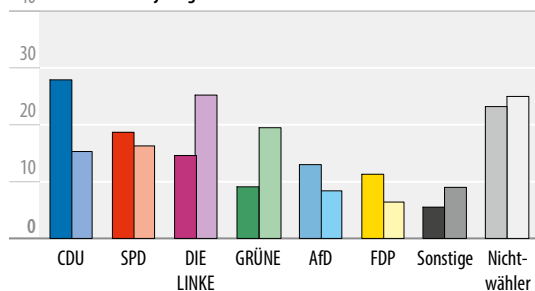
40 ... von 18- bis unter 25-jährigen Deutschen



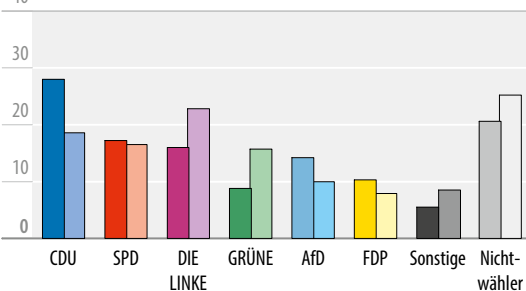
40 ... von unter 65-Jährigen mit SGB-II-Bezug



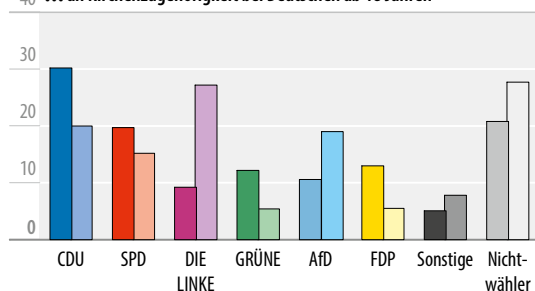
40 ... von über 70-jährigen Deutschen



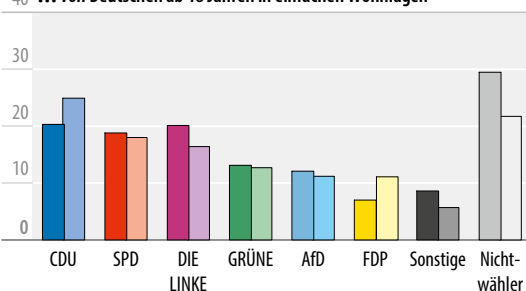
40 ... von Bewohnern mit mindestens 5 Jahren Wohndauer



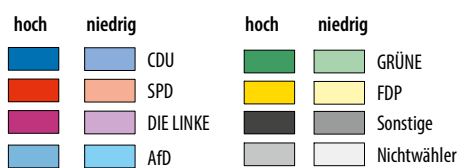
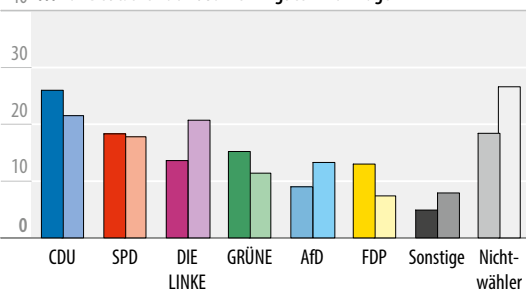
40 ... an Kirchengliederung bei Deutschen ab 18 Jahren



40 ... von Deutschen ab 18 Jahren in einfachen Wohnlagen



40 ... von Deutschen ab 18 Jahren in guten Wohnlagen



Die Freien Demokraten konnten zudem in den Hochburgen der CDU Stimmen fangen (13,2 %). Dort, wo DIE LINKE besonders schwach vertreten war, erreichte die FDP ebenfalls gute Werte (13,4 %). Die schwächsten Ergebnisse erzielte die FDP in den Hochburgen der Partei DIE LINKE (4,8 %) und der AfD (6,5 %).

### Sonstige Parteien

Die Kategorie der sonstigen Parteien setzt sich aus vielen sehr unterschiedlichen, in ihren Positionen teilweise ganz gegensätzlichen Parteien, wie zum Beispiel die PIRATEN, Die PARTEI, FREIE WÄHLER, ÖDP, BüSo, MLPD zusammen. Diese wiesen überdies zum Teil stark voneinander abweichende Zweitstimmenanteile in den Wahlregionen auf. Strukturelle Zusammenhänge mit den Wahlergebnissen sind daher besonders schwer zu deuten. Die sonstigen Parteien könnten als Angebot für Personen gesehen werden, die sich mit ihren Anschauungen und Positionen bei den etablierten Parteien nicht wiederfinden, auf die Ausübung des Wahlrechts aber nicht verzichten mochten.

Die höchsten Stimmenanteile erreichten die sonstigen Parteien mit zusammen 9,0 % in Briefwahlbezirken mit niedrigen Anteilen an älteren Wahlberechtigten, mit jeweils 8,6 % in Regionen mit vielen Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern und vielen Wahlberechtigten, die in einfachen Wohnlagen leben. Mit 4,9 % konnten die Sonstigen die geringsten Wähleranteile in Briefwahlbezirken mit hohen Anteilen an Wahlberechtigten in guten Wohnlagen auf sich vereinen. Wenig Zuspruch erlangten sie mit 5,0 % auch in Regionen mit geringen Anteilen an Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern sowie mit vielen kirchlich gebundenen Wahlberechtigten (5,1 %).

Vergleichsweise viele Wählerinnen und Wähler erreichten die sonstigen Parteien mit Stimmenanteilen von 9,5 % bzw. 9,2 % dort, wo die CDU sowie die FDP ihre schwächsten Ergebnisse einfuhren. Aber auch in den Regionen mit den höchsten Anteilen an Wählerinnen und Wählern der Partei DIE LINKE vereinten die Sonstigen 9,0 % der Stimmen auf sich. Wenige Wählerinnen und Wähler entschieden sich für die kleineren Alternativen entsprechend in FDP-Hochburgen (4,5 %) und Gebieten mit vielen CDU-Anhängerinnen und -Anhängern (4,9 %). Aber auch dort, wo nur wenige Stimmen an DIE LINKE gingen, fanden die sonstigen Parteien mit 5,0 % geringen Zuspruch.

### Bedürftige Gebiete mit geringer politischer Teilhabe

Ein deutlicher Unterschied in der politischen Teilhabe war hauptsächlich zwischen Wahlgebieten mit einem hohen Anteil und einem niedrigen Anteil an SGB-II-Bedürftigen sichtbar (32,8 % bzw. 16,2 % Nichtwählerinnen und -wähler). Tendenziell wurde auch dort weniger gewählt, wo seltener gute Wohnlagen oder häufiger einfache Wohnlagen existieren.

Nichtwählerinnen und -wähler waren in allen Hochburgen gut vertreten. Am niedrigsten war der Anteil der Nichtwählerinnen und -wähler in den

Hochburgen der FDP (18,7 %), der CDU (20,5 %) und der GRÜNEN (21,0 %). Besonders hoch dagegen war er in den Hochburgen der AfD (29,4 %), der SPD (27,2 %) und der Partei DIE LINKE (27,1 %).

### Methodische Anmerkungen

Der Analyse liegen die Zweitstimmen der Parteien aus dem endgültigen Ergebnis der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017 zugrunde. Für die Analyse wurde sowohl die Stimmenabgabe in den Wahllokalen als auch per Briefwahl berücksichtigt. Anhand der abgegebenen gültigen Stimmen wurden die Zweitstimmenanteile errechnet. Dagegen bezog sich die gesonderte Betrachtung der Nichtwählerinnen und -wähler auf alle Wahlberechtigten.

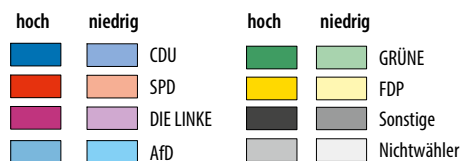
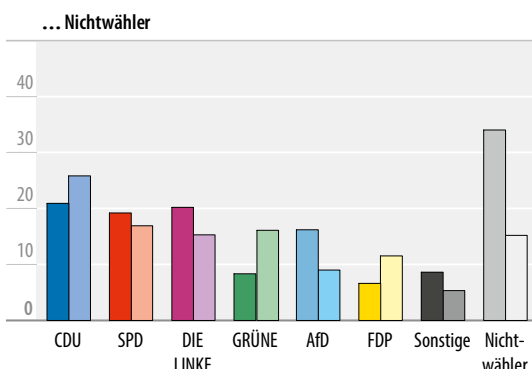
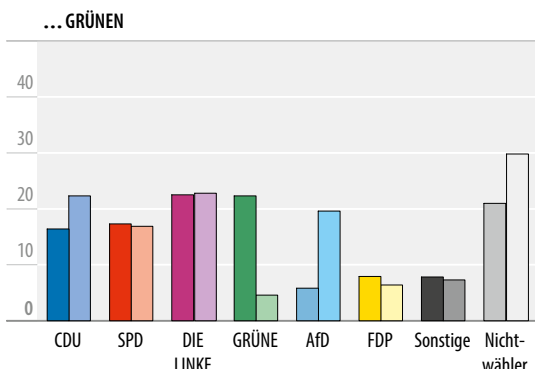
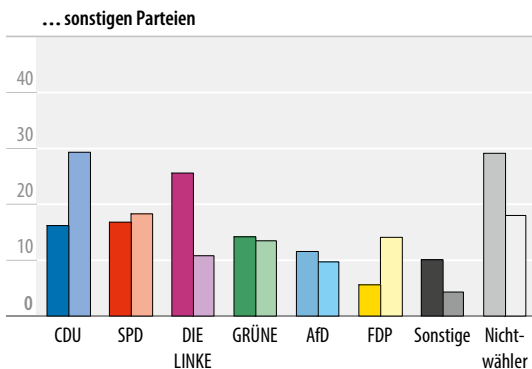
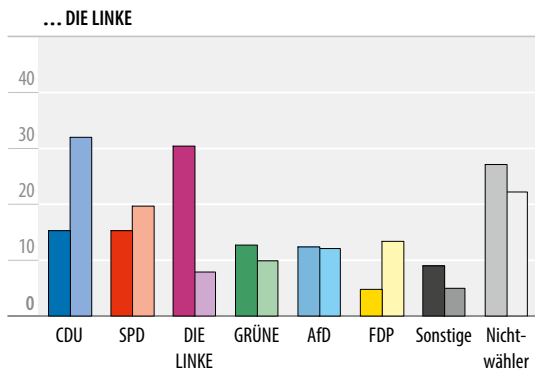
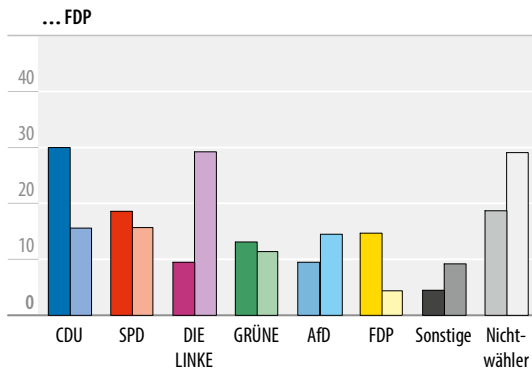
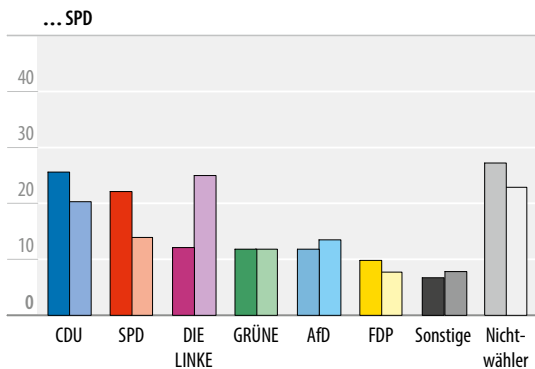
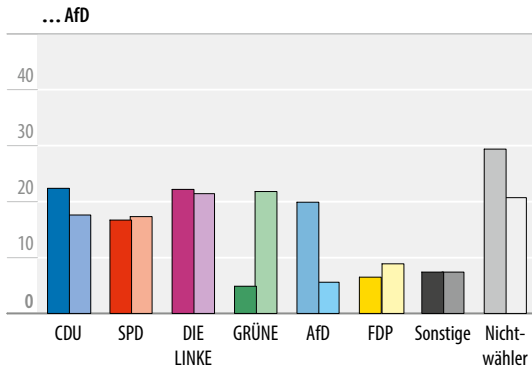
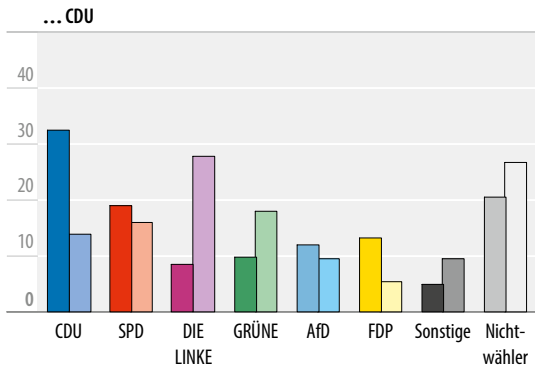
Für die Untersuchung der Zusammenhänge mit der sozialen Lage und dem sozialen Umfeld der Wählerinnen und Wähler wurden von den 660 Briefwahlbezirken jeweils die beiden Viertel mit den höchsten und niedrigsten Ausprägungen auf einem Sozialstrukturindikator ausgewählt. Briefwahlbezirke mit mittleren Ausprägungen auf einem Indikator wurden nicht in die Analyse einbezogen. In den 25 % der Briefwahlbezirke mit den höchsten Ausprägungen und in den 25 % der Briefwahlbezirke mit den niedrigsten Ausprägungen des Indikators wurden die Zweitstimmenanteile der Parteien berechnet und verglichen.

Für den Vergleich der Parteien untereinander wurde nach demselben Prinzip vorgegangen. Für jede Partei wurden die jeweils 25 % der Briefwahlbezirke mit dem besten und dem schlechtesten Abschneiden ermittelt und dann wiederum die Zweitstimmenanteile der übrigen Parteien berechnet und verglichen.

Die verwendeten Indikatoren charakterisieren das soziale Umfeld, in dem Wählerinnen und Wähler ihre Wahlentscheidung treffen. Sozialräumliche Zusammenhänge formen immer auch die Lebenswelt der Bewohnerinnen und Bewohner und tragen damit zur politischen Meinungsbildung bei. Dementsprechend beeinflusst der regionale Bezugspunkt auch das Wählerverhalten. Direkte Aussagen über Zusammenhänge zwischen soziodemografischen Merkmalen der Wählerinnen und Wähler und dem Wählerverhalten auf Individualebene sind damit nicht möglich. Vielmehr geht es um eine Analyse auf Aggregatebene.

Der Ausländeranteil in einem Wahlgebiet kennzeichnet die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung und umfasst alle Bewohnerinnen und Bewohner, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Der Anteil der Kinder unter 18 Jahren an der Bevölkerung kann als Indikator für Familien mit ihren speziellen Bedürfnissen gesehen werden. Um die vermuteten Parteipräferenzen in verschiedenen Lebensaltern zu ermitteln, wurden zwei Altersgruppen ausgewählt. Die erste Altersgruppe stellt die jungen deutschen Erwachsenen zwischen 18 und unter 25 Jahren dar. Hierin enthalten sind unter anderen auch potenzielle Erstwählerinnen und -wähler. Die zweite Altersgruppe wird von den Deutschen im höheren Rentenalter ab 70 Jahren gebildet.

**b** | Zweitstimmenanteile der Partei und Nichtwähleranteil in Wahlgebieten mit hohen und niedrigen Anteilen an Zweitstimmen für die ...



Die entsprechenden Kennzahlen sind Quoten der Altersgruppe bezogen auf die volljährige deutsche Bevölkerung.

Da religiöse Überzeugungen Wahlentscheidungen beeinflussen können, wurde die Konfessionszugehörigkeit zur evangelischen oder römisch-katholischen Kirche in die Untersuchung einbezogen. Für die Beschreibung der Wohnsituation werden einerseits die Wohndauer und andererseits die Wohnlage in den Wahlregionen betrachtet. Die Wohndauer ist ein Indikator für die Sesshaftigkeit oder Fluktuation der Bevölkerung. Dabei bezieht sich der Indikator auf eine Wohndauer von mindestens fünf Jahren. Die Wohnlage dient der Beschreibung der Wohnqualität in einer Wahlregion und unterteilt sich in einfache und gute Wohnlagen. Alle aufgeführten Indikatoren stammen aus der Einwohnerregisterstatistik des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg mit Stichtag 31. Dezember 2016.

Der Bezug von Leistungen nach SGB II („Hartz IV“) beschreibt die Abhängigkeit von Transferleistungen bei Personen unter 65 Jahren. Typische Ursache für diesen Leistungsbezug ist Arbeitslosigkeit, die bereits länger als ein Jahr andauert. Jedoch auch

kurzzeitig Arbeitslose, Hochschulabsolventinnen und -absolventen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige, deren anderweitiges Einkommen zu gering ist, haben Anspruch auf ergänzende Leistungen nach SGB II. Ausschlaggebend für den Anspruch ist die finanzielle Lage des gesamten Haushaltes (der „Bedarfsgemeinschaft“). In Bedarfsgemeinschaften leben zum Teil Personen, die für sich selbst genügend Einkommen erzielen, jedoch nicht genug für die betreffende Haushaltszusammensetzung. Insofern ist die Zugehörigkeit zu einer Bedarfsgemeinschaft per Definition ein Indikator relativer Einkommensarmut. Die SGB-II-Quote ist der Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB-II-Statistik)

der Bundesagentur für Arbeit entnommen und bildet den Anteil der melderechtlich registrierten Einwohnerinnen und Einwohner unter 65 Jahren in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften zum 31. Dezember 2015 ab.

**Jörg Feilbach** ist Sachbearbeiter im Referat *Mikrozensus, Sozialberichte* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg. **Tobias Hannemann** leitet das Referat *Dienstleistungen, Handel, Tourismus, Verkehr* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Detaillierte Ergebnisse der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017 im Land Berlin finden Sie unter: [www.wahlen-berlin.de](http://www.wahlen-berlin.de)